

24. August 2016

Postulat

der Fraktionen SP, Grüne, glp

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Anlagerichtlinien der Pensionskasse der Stadt Zürich und der Unfallversicherung der Stadt Zürich so ausgestaltet werden können, dass weder direkte noch indirekte Beteiligungen an Unternehmen gehalten werden, welche nuklear bzw. öl- oder kohlebasiert Energie erzeugen oder dafür Rohstoffe liefern.

Begründung:

Die Stadt Zürich ist mit ihren diversen Anlagegefässen ein wichtiger Investor und kann damit Investitionsentscheide im Sinne der städtischen Politik direkt beeinflussen.


Gemäss Antwort auf die schriftliche Anfrage 2015/90 hält allein die Pensionskasse der Stadt Zürich rund 4,5 % oder 700 Millionen Franken ihrer Anlagen in Firmen der Sektoren Erdöl, Kohle und Erdgas. Ebenfalls hält die Pensionskasse Anteile an Atomstromanlagen. Wegen der passiven Vermögensverwaltung durch externe Asset-Managerinnen und Manager will die Pensionskasse auch keinen Einfluss auf die Investitionen in fossile oder atomare Energien nehmen. Dass dies trotzdem möglich ist, beweist der Ausstieg der grössten PK der Schweiz Publica, welche zum Beispiel aus der Kohle aussteigt.

Die Klimakonferenz in Paris hat zweierlei gezeigt: Die Weltgemeinschaft ist ernsthaft daran interessiert, ein ambitioniertes Klimaziel zu erreichen. Und zur Erreichung dieses Klimaziels ist es wichtig, dass ein grosser Teil der fossilen Rohstoffe erst gar nicht genutzt wird.

Wie der britische Think Tank „Carbon Tracker“ in einem Bericht (<http://www.carbontracker.org>) feststellt, könnte durch Regulierungen in diesem Bereich eine finanzielle Blase („Carbon Bubble“) entstehen: Dies, da Firmen aus dem Erdöl- und Kohlesektor nach ihren aktuellen (noch ungenutzten) Reserven bewertet werden. Sollte die Nutzung dieser Reserven eingeschränkt werden (zum Beispiel um das 2-Grad-Ziel zu erreichen), würden die erwähnten Firmen schnell stark an Wert verlieren. Dies stellt ein finanzielles Risiko für Pensionskassen dar.

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) stellt in einer neuen Studie (2015, Kohlestoffrisiken für den Finanzplatz Schweiz) fest, dass je nach Szenario zwischen 3 und 21% der Vorsorgeleistung der Pensionierten gefährdet wäre.

Mit der Desinvestition von Anlagen im Kohle- und Erdölbereich, senkt die Stadt Zürich das finanzielle Risiko ihrer Pensionskasse und stellt sicher, dass die Renten nicht durch Kohle- bzw. Ölrisiken gefährdet werden. Die Desinvestition von Anlagen im Bereich der Kernenergie stellt angesichts des beschlossenen Atomausstieges der Stadt Zürich eine eigentliche Selbstverständlichkeit dar.

 Hansi Ryha / i. gerat